

■ Vivi Katsa hat in den 1980er Jahren in Bremen Informatik studiert und ist danach wieder nach Griechenland zurückgegangen. Seit 2011 ist sie Schulleiterin eines Athener Gymnasiums, des 2. Gymnasio Kamaterou.

Kannst du deutschen Lesern bitte erklären, welche Stellung das Gymnasium im griechischen Schulsystem einnimmt?

Wir haben ein anderes Bildungssystem als in Deutschland. Die Grund-

Ein Gymnasium in Athen

Interview mit Schulleiterin Vivi Katsa



Vivi Katsa
Schulleiterin

schule dauert sechs Jahre. Danach kommt drei Jahre das Gymnasium. Das ist die Sekundarstufe. Und nach drei Jahren Gymnasium kommt bei uns das Lyceum. Das entspricht eurem Gymnasium. In den letzten zwei Jahren des Lyceums bereiten sich die Schüler auf die Aufnahmeprüfungen in der Universität vor. Im Gymnasium sind die Schüler 13 bis 15 Jahre alt. Früher waren Gymnasium und Lyceum ein Gesamtsystem. Das Gymnasium dauerte sechs Jahre.

In was für einem Stadtteil liegt eure Schule?

Das ist ein Arbeiterstadtteil. In den 90er Jahren wurde hier viel gebaut, es war Geld da, und viele Häuser sind mit Krediten gebaut worden. Jetzt gibt es hier viele Arbeitslose. Ich bekomme mit, dass die Familien große Probleme haben. Ich sehe bei den Kindern, dass sie auch psychische Probleme haben, wenn die Familien sich trennen. An Veranstaltungen, die etwas kosten, können manche nicht teilnehmen. Die Schule hat 256 Schüler. Hier gibt es auch einen kleinen Anteil von Roma-Familien. Sie bekommen Geld vom Staat, wenn sie ihre Kinder in der Schule angemeldet haben. An unserer Schule sind ca. 10% Roma-Kinder. Sie tragen sich ein, erscheinen dann aber oft nicht.

Und das Kollegium?

Wir haben 29 Lehrer. Einige davon müssen in zwei oder drei Schulen arbeiten, wenn sie nicht alle Stunden ihrer Fächer hier unterrichten können. Sie fahren mit dem Auto hin und her. Das ist kompliziert für unsere Planung und Stress für unsere Kollegen. Die Mehrheit sind Frauen, wir haben nur 6 männliche Kollegen. Außerdem haben wir zwei Putzfrauen ohne feste Stelle, die nach dem Unterricht kommen. Weiteres Personal haben wir nicht. Ein großes Problem ist, dass ich als Schulleiterin kein Sekretariat habe. Ständig kommen Schüler und Kollegen mit Fragen herein. Ich muss zusammen mit meiner Stellvertreterin alles selbst machen, die Stundenplanung und alle schriftlichen Arbeiten, Telefonate der Eltern entgegennehmen usw. Ich schließe auch die Schule ab.

Bei uns geht der Unterricht dreimal in der Woche bis 14.00 Uhr und zweimal bis 13.15 Uhr. Dann gehen die Kinder nach Hause. Es gibt keine Vertretung. Wenn ein Lehrer krank ist, muss ich einen neuen Stundenplan machen, oder die Kinder sind draußen auf dem Schulhof. Es gibt dann keinen Unterricht, sondern die Kinder gehen früher nach Hause. Es gibt keine Vertretungsreserve. Und die Gewerkschaft hat durchgesetzt, dass kein Lehrer in anderen Fächern vertreten muss. Das sehe ich kritisch. Es gibt auch keine Evaluation. Ich weiß oft nicht, was in den Klassen passiert, ich darf nicht hospitieren. Ich meine, die Gewerkschaft sollte sich auch um die Unterrichtsqualität kümmern.

Wie viele Unterrichtsstunden hat eine Lehrkraft in der Woche?

Das ist unterschiedlich, je nach Dienstjahren. Am Anfang sind es 23 Pflichtstunden (von 0-6 Jahren 23 Unterrichtsstunden, von 7-12 Jahren 21, von 13-20 je 20 und über 20 je 18 Unterrichtsstunden.). Die meisten hätten nichts dagegen, etwas mehr zu unterrichten, wenn sie auch mehr verdienen würden. Jetzt, nach den Gehaltskürzungen verdienen sie brutto ungefähr 100€. Wir hatten ungefähr 40% Kürzungen.

Wie steht es mit der Förderung von Kindern mit Lernschwierigkeiten?

Wir haben 35 Kinder mit Lernschwierigkeiten. Für sie gibt es eine Förderklasse, die parallel zum Unterricht läuft und in die diese Schüler zeitweise aus den Klassen herausgenommen werden. Dafür haben wir zwei besonders ausgebildete Lehrkräfte. Ein Problem ist, dass viele Kinder nicht aus den Regelklassen herausgenommen werden wollen, um nicht diskriminiert zu werden. Wir haben außerdem nach der Schule eine Hausaufgabenhilfe, deren Lehrkräfte vom Ministerium aus EU-Mitteln bezahlt werden. Das gibt es dreimal in der Woche. Leider fangen diese Programme immer erst sehr spät im Schuljahr an, weil die Anträge und die Bewilligung so lange dauern.

Wie ist die technische Ausstattung?

Wir haben eine gute Computer-Ausstattung. Dafür haben die Eltern gesorgt, sie haben für eine neue Infrastruktur gesammelt.

Gibt es Binnendifferenzierung im Unterricht?

Der Unterricht ist bei uns im Jahre 2017 immer noch weitgehend frontal. Ich versuche als Schulleiterin eine Diskussion darüber zu führen. Das Bildungsministerium propagiert neue Methoden, aber das ist sehr schwierig. Es gibt zu wenig Kooperation und Engagement. Dabei spielt natürlich auch die schlechte Bezahlung eine Rolle. Aber die ist es nicht allein. Es ist auch eine Frage der Motivation.

Was hat sich seit 2008 an eurer Schule verändert?

Die Stimmung ist depressiv, sowohl bei den Schülern als auch bei den Lehrern. Die Lehrer verdienen sehr wenig und haben Probleme, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die Frustration ist groß.

Was könnt ihr außerhalb des Unterrichts noch für eure Schüler tun?

Wir haben verschiedene Projekte für Schüler, zum Beispiel zum Umgang mit Stress. Das machen Kollegen freiwillig. Das läuft bei uns nachmittags. Wir haben eine Theatergruppe und ein Projekt zur Geschichte Mazedoniens mit einer Fahrt nach

Nordgriechenland und einem Museumsbesuch. Wir haben Experten, die das Thema Mobbing behandeln und Sexualaufklärung unter Einbeziehung von Ärzten. Wir haben auch Kollegen, die sich mit der Berufsorientierung beschäftigen.

Gibt es in Athen auch Gymnasien als Ganztagschule?

Die gibt es fast nicht, außer denen mit den Schwerpunkten Musik und Kunst. Dort kommen Kinder aus den verschiedenen Stadtteilen zusammen. Man braucht dafür eine Infrastruktur, besonders eine Mensa. Die Grundschulen sind häufiger Ganztagschulen.

Vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Jürgen Burger



Die Schule:
2. Gymnasio
Kamaterou
in Athen

Europäische Bildungsgewerkschaften:

Resolution zu den Auswirkungen neoliberaler Politik auf das Bildungswesen

■ Die regionalen Sonderkonferenz der Bildungsinternationalen in Wien stellt fest, dass

1. die von einigen Regierungen in Europa mit Blick auf die Krisenbewältigung umgesetzte neoliberale Politik sich schwerwiegend auf öffentliche Dienstleistungen und Bildung ausgewirkt hat.
2. aufgrund dieser Politik und des EU-Fiskalpakts, den die EU, die Troika und einige EU-Mitgliedstaaten verfolgen, den Menschen in Europa auch weiterhin Sparmaßnahmen und Etatkürzungen auferlegt werden, die zu immer weiteren Kürzungen der Löhne/Gehälter und Renten von ArbeitnehmerInnen sowie auch der Etats für Sozialleistungen von EU-Mitgliedstaaten führen. Diese politischen Maßnahmen haben für einige Länder, insbesondere in Süd- und Osteuropa, verheerende Auswirkungen und werden auch in mittel- und osteuropäischen Ländern durchgesetzt.
3. die Schulden nicht von den Menschen in Europa, sondern in erster

Linie im Bankensektor gemacht wurden. Anhand der derzeitigen Sparmaßnahmen wird der Wohlstand zugunsten der Reichen und Mächtigen und zulasten der ArbeitnehmerInnen und der Mehrheit der Menschen umverteilt.

4. die Haushaltskürzungen im Bildungssektor zu einer enormen Kürzung der öffentlichen Bildungsausgaben geführt haben, die sich in vielen europäischen Ländern ohnehin schon auf einem inakzeptabel niedrigen Niveau befinden. Zu den Folgen, die diese Politik für Beschäftigte im Bildungsbereich mit sich bringt, gehören die Schließung von Schulen, größere Klassen und die Verringerung von Lernchancen, was in einigen Ländern zur Abschaffung ganzer Ausbildungswege und/oder Fachrichtungen führt, so, wo jedes Jahr über 20.000 Auszubildende aufgrund der Kürzungen im Bildungsbereich ihrer Auswahlmöglichkeiten in der Ausbildung beraubt werden.

5. Kürzungen bei den Gehältern und Pensionen von Lehrkräften, Entlassung von Lehrkräften, zusammen mit weniger Festanstellungen und Herabstufungen von Lehrkräften, zunehmender Flexibilisierung von Arbeitsbeziehungen und Zwang zu beruflicher Mobilität sowie auch eine Zunahme der Arbeitsbelastung der Lehrenden, schwerwiegende Folgen für die Attraktivität des Lehrberufs haben und dazu führen, dass immer mehr Beschäftigte im Bildungsbereich den Beruf aufgeben und den Beruf wechseln.
 6. die EU zulasten universeller menschlicher Werte, die marktwirtschaftlichen Werte des Unternehmertums und der Wettbewerbsfähigkeit im Bildungssektor fördert, und zwar mittels Strategien, wie etwa der Strategie zu Neuen Denkansätzen in der Bildung. In ähnlicher Weise fördert sie fragmentiertes Wissen und Einzelkompetenzen zulasten einer breiter gefassten Bildung und Pädagogik, die die demokratischen BürgerInnen der Zukunft hervorbringen sollten.
- Die EGBW-Sonderkonferenz fordert koordiniertes und vereintes Handeln der Mitgliedsorganisationen in ganz Europa für freie und öffentliche Bildung für alle ohne Diskriminierung.

Dieser Antrag wurde 2014 von der griechischen und der serbischen Bildungsgewerkschaft gestellt und vom Plenum angenommen.